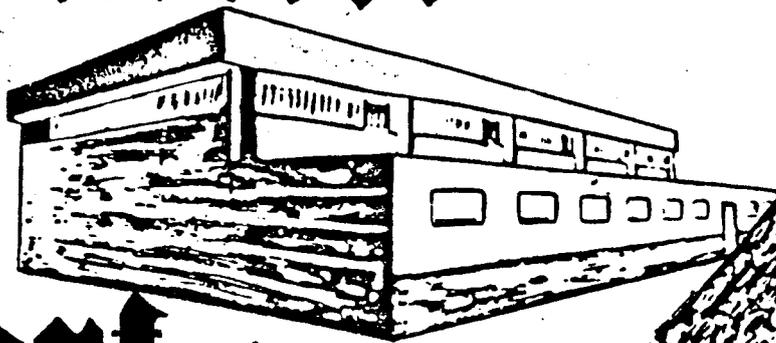
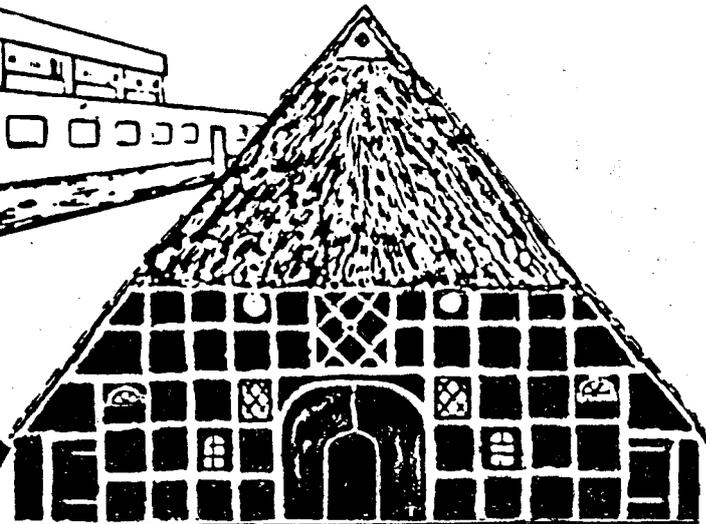


Neuwittenbeker



Dorf- Geplüster



5. Jhg.

Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet
Unsere 22^{te} Ausgabe

Nr. 1

Nicht vergessen:

Wählen gehen!

Am 7. März ist Kommunalwahl!

Jeder wahlberechtigte Bürger hat die Möglichkeit, zur Wahl zu gehen. Die Beteiligung an der Wahl ist sein staatsbürgerliches Recht. Anders als z.B. in den Ostblockstaaten gibt es bei uns keine Wahlpflicht.

Die Teilnahme an der Wahl ist Ausdruck staatsbürgerlichen Bewußtseins.

Immerhin bringt die Wahl dem Bürger (neben der Qual) diesmal eine größere Auswahl. Neben Sozialdemokraten und Christdemokraten bewirbt sich ebenfalls eine Wählergemeinschaft (WGN) um die Gunst des Wählers.

**WAHL '82: DIE CHANCE FÜR
EINE STÄRKERE SPD-
MEHRHEIT ABSOLUT
NUTZEN!**



So 7. 3. '82 18⁰⁰

Pünktlich um 18 Uhr wird das Wahllokal "Schule" geschlossen werden - am Sonntagabend, den 7. März 1982.

Wichtig wird dann sicherlich für viele das Ergebnis sein. Ob z.B. Jochen Habeck weiterhin Bürgermeister bleiben wird.

Interessant ist aber auch die Wahlbeteiligung. Vor vier Jahren haben wir in unserer Gemeinde nahezu

90 % erreicht.

Werden die Wähler nur die "Listen" wählen oder ihre sechs Stimmen auf Kandidaten unterschiedlicher Anschauungen verteilen? Beim letzten Male machten das immerhin fast 13 % der Wähler, die ihre damals fünf Stimmen auf Kandidaten beider Parteien verteilten.

Und werden diesmal wieder Bürger nicht all ihre - sechs möglichen - Kreuze machen? 1978 waren es über 6 %.

SPD-Fraktion zieht positive Bilanz

Auf der letzten Fraktionssitzung im alten Jahr gingen die SPD-Gemeindevertreter kritisch "mit sich selbst ins Gericht". Seit einiger Zeit ist ein solcher Jahresrückblick der Fraktion üblich. Diesmal wurde der Bogen etwas weiter gezogen. Bürgermeister Habeck präsentierte eine positive Bilanz der letzten vier Jahre.

Die Wahlaussagen des 78er Programms können im wesentlichen als erledigt angesehen werden. Man habe z.B. die Abgaben nach § 9 KAG - gegen den Widerstand der CDU - rückerstattet; die Information der Bürger zu den Gemeinderatsitzungen sei verbessert worden; es gäbe regelmäßig Bürgerfragestunden.

Aber gerade hier hatte die Fraktion seinerzeit andere Vorstellungen entwickelt. Die Bürgerfragestunde sollte während der Sitzung statt-

finden und nicht vorher. Auf Unverständnis stoße - wenngleich toleriert - weiterhin die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig, die dies als rechtswidrig ansehe. Danach sei die alleinige Verantwortung der Gemeindevertretung durchbrochen, wenn Zuhörer durch Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge die Möglichkeit einer direkten Einflußnahme auf die Entscheidung hätten.

Trotz erheblicher finanzieller Belastungen während der letzten Jahre, so Jochen Habeck, könne die Gemeinde als schuldenfrei bezeichnet werden. Zwar bestünden noch alte Kredite - zu heute unbekannt niedrigen Zinssätzen - fort; der Etat 82 weise demgegenüber höhere

Inhalt

Notizen

SPD-Fraktion intern

Wahl '82

Aktion sichere Radwege

Umwelt & Energie

Rücklagen aus. Über lange Zeit sei auch der Handlungsspielraum der Gemeinde durch ihre Zwischenfinanzierung der Wasserversorgung erheblich eingeschränkt gewesen.

Als unbefriedigend wurde von Dieter Weidemann das Problem der Wanderwege in der Gemeinde eingestuft. Zu lange habe man sich auf den Weg am Kanal eingeschossen - ohne sichtbaren Erfolg. Unbestritten gilt dies weiterhin als günstigste Wandermöglichkeit, die es zu verwirklichen gilt. Dabei sei schon mit dem Bau eines Zweispur-Weges am Kanal begonnen worden. Nur die Neuwittenbeker Zugangsmöglichkeit fehlt. Klaus Stein ergänzte, daß man hinsichtlich anderer Wandermöglichkeiten, um Neuwittenbek auf anerkennenswerte, aber unbequeme Einwände der Grundeigentümer gestoßen sei (befürchtete Verunreinigung der Landschaft, Störung des Wildes). Bernd Brandenburg stuft die Überarbeitung nahezu aller Satzungen - "Gesetze der Gemeinde" - als wichtig ein. Zwar habe dies immer "den Geruch der Paragraphenreiterei und Haarspaltereie" an sich; ohne sie könne man

Nachhaltiger Einsatz

Zu Beginn derselben SPD-Fraktions-sitzung präsentierte Fraktionssprecher Klaus Stein Zahlen. Insgesamt 18 Mal hat die Gemeindevertretung getagt. Die umfangreichste Tagesordnung habe man wohl im Juni 1978 mit 26 Punkten gehabt. Noch zahlreicher seien die Sitzungen der Ausschüsse gewesen (60 !). Am häufigsten hätten sich die Bauausschußmitglieder getroffen, allein zu neun Sitzungen im Jahre 1980. Es

ein solches Gemeinwesen nicht mehr lenken. Als beispielhaft nannte er die neue Geschäftsordnung. Sie könne auch Vorbild sein für andere Kommunen.

Gisela Matte klagte über das Problem "Kiestransporter". Es sei ihr unverständlich, daß eine Gemeinde nicht mehr Möglichkeiten habe, um hier konsequenter einschreiten zu können.

Als "auf Eis gelegt" kann der Flächennutzungsplan angesehen werden. Bei der derzeitigen Situation auf dem Baumarkt (Zinsniveau, Baulandpreise) könne es nicht im Interesse der Neuwittenbeker sein, dieses Projekt momentan weiter zu verfolgen. Schließlich wolle man nicht nur "reichen Kielern" einen Bauplatz verschaffen; das Bebauungsgebiet sei in erster Linie für Neuwittenbeker vorgesehen.

Wenngleich die Problemfälle ausführlicher diskutiert wurden, so Klaus Stein, überwiege doch das Positive. Man habe allerdings erkannt, daß nicht alles so schnell verwirklicht werden konnte wie erwartet.

sollte weiterhin überlegt werden, ob man nicht die Arbeit gleichmäßiger auf die Ausschüsse verteilen könne.

Als fraglich stellte Klaus Stein ebenfalls in den Raum, ob der Umfang der ehrenamtlichen Tätigkeit von den Mitbürgern erkannt werde. Die SPD-Fraktion habe auch wesentlich mehr Anträge als die andere Fraktion eingebracht. Dies sei Folge kontinuierlicher Arbeit - eben

auch außerhalb der offiziellen Sitzungen. Anders als bei der CDU hätte es auch Anträge von einzelnen SPD-Gemeindevertretern gegeben. Dies verdeutliche, daß die SPD-Fraktion keine "Block-Partei" sei. Übrigens

sei das auch aus dem Abstimmungsverhalten der SPD-Vertreter ablesbar. Es sei häufiger vorgekommen, daß SPD-Gemeindevertreter "anders" abgestimmt hätten als ihre Fraktionskollegen. Dies werde man auch in Zukunft so handhaben.

Aufgespießt

Schnell wie die Feuerwehr

Gedanken und Beobachtungen beim Zeitungsaustragen

Ich denke mir, daß man ein Haus als Wohnform vorzieht, um individueller als in einer uniformen Wohnung zu leben. Da gibt es vielfältige Ausdrucksmöglichkeiten: Kunst im und am Bau, Dachformen, Farbe der Fensterrahmen, Hecke oder Zaun, Blumen und/oder Koniferen, traditioneller oder 'sogenannter' "Ökogarten", Fahnenstangen, Gartenzwerge und Windmühlen. Vieles davon macht nicht nur dem glücklichen Besitzer, sondern auch dem Betrachter Spaß.

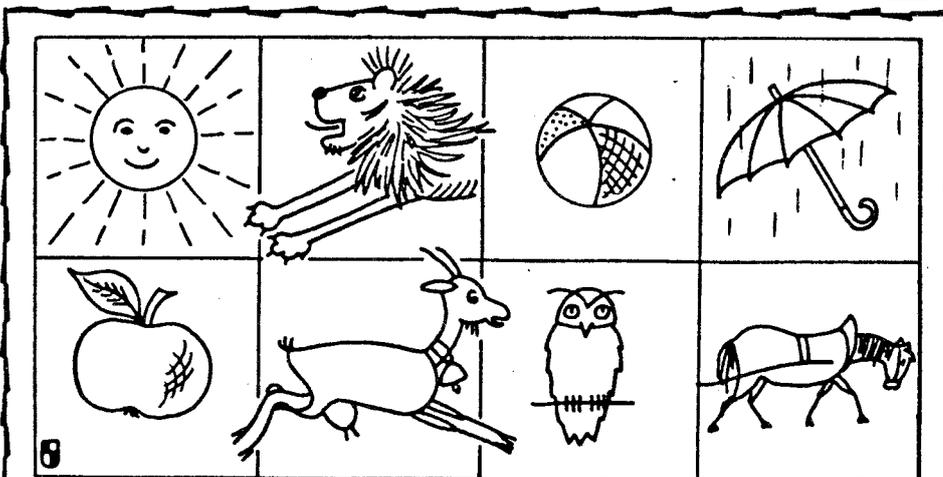
Unklar ist aber, warum sich der Individualismus besonders an einer unscheinbaren (aber nicht unwichtigen) Sache austobt: bei den Briefkästen. Es gibt: Modell Hammerschlag mit Posthorn, Edles in Kupfer und Bronze, Wuchtiges in Holz und Eisen, Modisches in Beton und Kunststoff. Teils in Mauern versenkt, neckisch im Gebüsch versteckt, postgelb leuchtend oder diskret in die Haustür eingearbeitet. An der Tür gibt es weitere ungeahnte Varianten: Hoch oben (wo nimmt der kleinstwüchsige Briefträger einen Tritt her?), unter einer Leiste versteckt (zum Abtasten), schräg eingelassen und, last not

least, 5 (!) Zentimeter über dem Boden. Das trainiert! Davor 3 Treppchen, halbrund, schmal, breit, glatt oder rau. Treppe ist nicht schlecht, das erleichtert das Bücken. Nächste Hürde: Die Klappe ist mit einer Feder versehen, so daß man sie mit der Linken hochstemmen, mit der Rechten den Brief einwerfen muß. Das aber schnell, denn lange kann man's nicht halten. Manche Klappen haben innen scharfe Zähne (falls jemand nichts hineintun, sondern herausholen möchte), manchmal gehören die Zähne aber zu einem Hund, der wütend Papier oder Zeitung in Empfang nimmt und sogleich zerreißt. Er spart dem Hausherrn die Mühe, die Briefsache zu lesen oder gar zu beantworten.

Immerhin ist ein Hund h i n t e r der Tür günstiger (für den Besucher) als davor. Es bleibt dann nicht viel Zeit, sich mit der Form und Beschaffenheit des Briefkastens zu befassen.

Kontakte 3/81

KINDER-ECKE



1. _____ 3. _____ 5. _____ 7. _____
 2. _____ 4. _____ 6. _____ 8. _____

DIE ACHT ERSTEN

Buchstaben der Wörter, die hier als Bilder erscheinen, ergeben von 1 bis 8 Mozarts Geburtsstadt.

DJ-1

Bundesminister Hauff: Verkehr muß kindgerechter werden

Bundesverkehrsminister Volker Hauff (SPD) hat an die Verkehrsteilnehmer appelliert, mehr Rücksicht und Verantwortungsbewußtsein gegenüber Kindern zu entwickeln. Wie Hauff anlässlich der Preisverleihung eines Plakatwettbewerbs des Deutschen Verkehrssicherheitsrates in Bonn erklärte, liegt die Bundesrepublik mit über tausend verkehrstoten Kindern im Jahre 1980 an erster Stelle dieser traurigen Bilanz in Westeuropa. Rund 60 000 Kinder wurden im gleichen Zeitraum bei Unfällen im Verkehr verletzt. Übereinstimmend mit dem Präsidenten des Deutschen Verkehrssicherheitsrates, Gerhard Schork, traf Hauff gleichzeitig die Feststellung, daß die Zahl der tödlich verunglückten Kinder im ersten Halbjahr 1981 gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen sei. Schork führte den Rückgang von 27,7 Prozent auch auf die Aufklärungsarbeit seiner Organisation zurück, die allein in diesem Jahr bereits 200 000 Eltern über kindgerechte Verkehrserziehung aufgeklärt habe.



Auflösung

Sonne - Apfel - Löwe - Ziege - Ball - Uhu - Regenschirm - Gaul - Salzburg

Was passiert mit Altpapier?

Sammeln wird wichtig

Die Papierindustrie hat jetzt die Bezeichnung „Umweltschutzpapier“ aufs Korn genommen. Die Bezeichnung – so heißt es neuerdings immer häufiger – sei eine Verdummung der Bevölkerung. Was steckt dahinter?

Die Papierindustrie behauptet, daß Umweltschutzpapier die Forstwirtschaft benachteiligt. Denn die wird das Schwachholz nicht mehr los. Zudem sei die Qualität schlecht, und dafür sei es teurer als normales Papier. Papierrecycling ergebe auch nicht viel Sinn, weil Papier auch nicht umweltfreundlich sei und rasch verrotte. Soweit die Industrie.

Wahr ist, daß Papier verrottet und insofern keine gravie-

rende Umweltbelastung bringt. Die Industrie läßt aber bei ihren Argumenten einfach unter den Tisch fallen, daß nicht das Papier aus Altpapier allein umweltfreundlicher ist, sondern vor allen Dingen die Papierherstellung aus Altpapier. Dabei wird nämlich die Belastung der Gewässer erheblich verringert. Ein Viertel der organischen Abwasserfracht des Rheins wird von zwei dort gelegenen Zellstoff-Fabriken verursacht. Das ist mehr, als

wenn sechs Millionen Menschen täglich ihre Notdurft ungeklärt in den Rhein verrichten würden.

Unbestritten ist außerdem, daß die Papierherstellung aus Altpapier weniger Energie verbraucht.

Es stimmt, daß in unseren Wäldern zu viel Schwachholz liegt. Aber wenn es nicht zur Papierherstellung verwendet wird, hat das hauptsächlich ökonomische Gründe. Die Industrie nimmt das Schwachholz nicht gern ab, weil Einsammeln und Abtransport teurer sind als der Holz- und Zellstoffimport.

Wenn die Industrie sagt, daß Papierrecycling auch deshalb keinen Sinn ergebe, weil die Holzvorräte ausreichend seien, dann stimmt auch das nicht. Sie importiert bereits die Hälfte des für die Papierherstellung benötigten Holzes oder Zellstoffs. Es wird weltweit immer knapper. Denn

dort, wo zuviel abgeholzt wird, versteppen ganze Regionen.

Auch das Argument, daß die Papierqualität schlecht sei, stimmt nicht. Die Bundesanstalt für Materialprüfung hat die Umweltschutzpapiere gründlich untersucht: Der Unterschied zu Normalpapier liegt vor allem in der Farbe – Umweltschutzpapier ist grau. Teurer ist das Umweltschutzpapier auch nicht. Gegenwärtig ist es 10 bis 20 Prozent billiger als das herkömmliche, holzfreie weiße Papier.

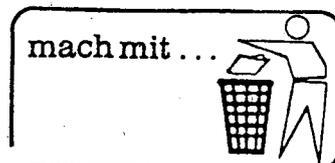
– Umweltzeitung 12 –

Verpönte Plastiktüten

Plastiktüten als Einkaufstaschen sind zwar immer noch beliebtes Werbemittel der Einzelhandelsgeschäfte. Dennoch geht der Absatz merklich zurück. Beim Einkauf von Lebensmitteln wird in vielen Geschäften inzwischen ein Obolus für die Plastiktüte verlangt. Denn gerade beim Verpacken der eingekauften Lebensmittel griffen die Verbraucher recht hemmungslos zu den kostenlosen! – Plastiktüten. Für die Geschäfte ging das ins Geld. Noch mehr ins Gewicht fallen die Plastiktüten allerdings als Verursacher von Umweltmüll. Erfreulich deshalb die Aussage eines Warenhauskonzerns, der in den eigenen Häu-

sern den Rückgang des Tütenabsatzes mit 20 Millionen beziffert. Zwei Drittel davon gingen aufs Konto der Lebensmittelabteilungen – wurden dort also weniger ausgegeben. Wer fünf oder zehn Pfennig für die Tüte bezahlen muß, sollte sich nicht über die „geschäftstüchtigen“ Händler ärgern – sondern vielmehr darüber nachdenken, daß jede Tüte weniger im Müll ein Beitrag zum Umweltschutz ist. Gut zu wissen ist auch, daß zur Herstellung von Plastik Erdöl gebraucht wird. Und mit diesem teuren Rohstoff, sollten wir an „allen Ecken und Enden“ sparsam umgehen.

– Umweltzeitung –



Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

Glascontainer

Seit einigen Monaten steht in Neuwittenbek – beim Kaufmann – ein Glascontainer. Übereinstimmend befanden die Gemeindevertreter, daß die Bürger dieses Angebot positiv angenommen hätten. So beschloß dann die Gemeindevertretung schon im November '81, einen langfristigen Vertrag mit der Aufstellfirma abzuschließen.



Kommunaler Kindergarten Neuwittenbek

Was bringt uns das ?

Nochmals: Sozialstaffelung der Kindergartengebühren – "Halb so wild!"

"Bei der Neuregelung der Beitragsgebühr für den Kindergarten in Neuwittenbek wird zusätzlicher Verwaltungsaufwand betrieben. Nach der bisherigen Praxis konnte auf Antrag die Beitragsgebühr durch den Sozial-Ausschuß verringert oder erlassen werden." So ließ Neuwittenbeks CDU verlauten. Das alles wurde noch mit Schlagworten wie "bürgernah" und "bürokratischer Aufwand" angereichert. Derart markige Worte lassen sich gut

"verkaufen"! Insbesondere vor einer Wahl. Trotzdem gehen die CDU-Aussagen an der Wirklichkeit vorbei. Die CDU irrt.

Im Kindergarten werden in der Regel 30 Kinder betreut. Wenn für all diese Kinder ein Ermäßigungsantrag gestellt würde - was wohl kaum passieren dürfte -, wäre eine Verwaltungskraft des Amtes maximal einen ganzen Arbeitstag mit der Antragsbearbeitung beschäftigt.

Müßten gleich viele Anträge vom Sozialausschuß bearbeitet werden, dauert es mindestens genauso lange. Immerhin sind dann die fünf Meinungen der Ausschußmitglieder "unter einen Hut zu bringen". Und eine Verwaltungskraft des Amtes nimmt zusätzlich an der Ausschußsitzung als Protokollführer teil!

Ein Amtsangestellter muß demnach in jedem Fall tätig werden. Nach der alten Regelung darüberhinaus auch der

Sozialausschuß. Früher wurde also mehr Verwaltungsaufwand betrieben. Und teurer war es auch. Jede Ausschußsitzung kostet das "Gemeindepäckel" 120 DM.

Und erlassen - so wie die CDU behauptet - durfte der Sozialausschuß die Gebühren schon gar nicht. Das oblag dem Bürgermeister oder dem Finanzausschuß oder der Gemeindevertretung - je nach der Höhe des zu erlassenden Betrages. Auf jeden Fall mußte neben dem Sozialausschuß noch eine weitere "Stelle" eingeschaltet werden. Also wird der Verwaltungsaufwand auch insoweit durch die Neuregelung verringert. Denn jetzt kann das Amt selbständig die Gebühren erlassen.

Bernd Brandenburg

Aus dem Gemeinderat

Sitzung am 8. Februar 1982

Vor gut besuchtem Hause leitete Jochen Habeck die - voraussichtlich - letzte Sitzung der Gemeindevertretung in dieser Legislaturperiode.

Erfreulich war im Bericht des Bürgermeisters, daß die Gemeinde wahrscheinlich ca. 45.000 DM mehr zur Verfügung hat, als dies für das Haushaltsjahr 1982 veranschlagt worden war.

Entgegen einer Zusage vermochte es das Bundesvermögensamt nicht, einen Vertrag für den Zugang zum Kanal zur Beschlußfassung

Lob gilt beiden Fraktionen; absolut diszipliniert wurde die Sitzung in rund 70 Minuten durchgezogen. Angesichts der Kommunalwahl ließ sich keiner zu vermeintlich wahlwirksamen Reden verleiten. Die Zuschauer wußten dies zu würdigen.

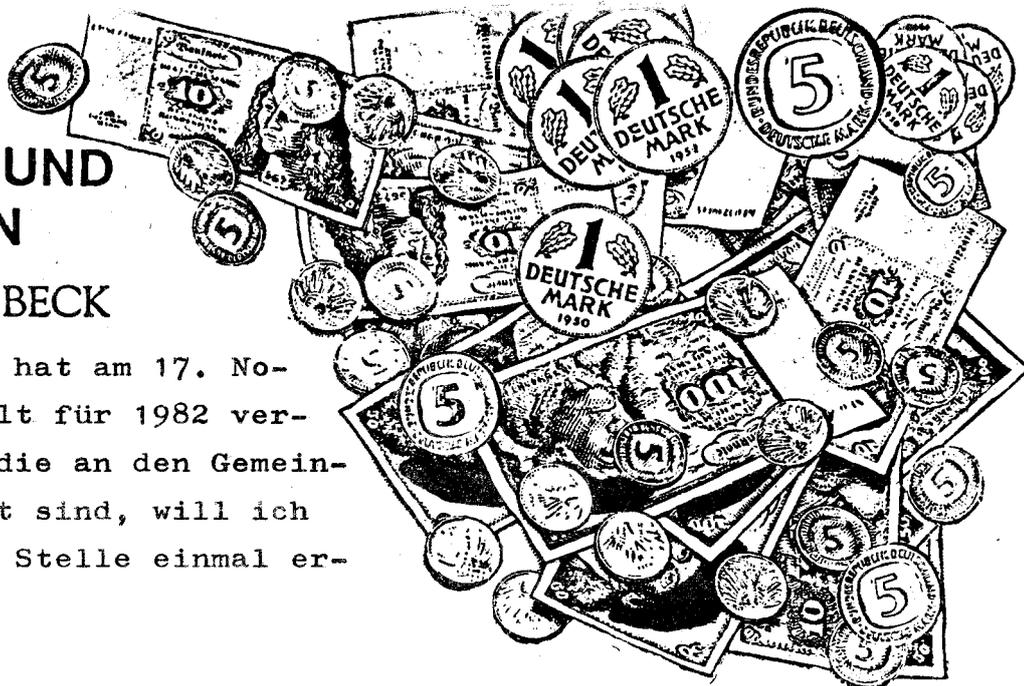
vorzulegen. Dies wird erst in der nächsten Sitzung erfolgen können.

Der Kiesabbau in Eckholz war einmal mehr Gegenstand der Beratungen. Offensichtlich will der Kreis "Auflagen" der Gemeinde an den Unternehmer nicht weitergeben.

Einstimmig beschlossen wurden der Beitritt zum "Canal-Verein" und eine Zuschußgewährung.

EINNAHMEN UND AUSGABEN

von Jochen HABECK



Die Gemeindevertretung hat am 17. November 1981 den Haushalt für 1982 verabschiedet. Für alle, die an den Gemeindefinanzen interessiert sind, will ich den Haushalt an dieser Stelle einmal erläutern.

1. Verwaltungshaushalt

Alle Einnahmen und Ausgaben für die Unterhaltung der gemeindeeigenen Gebäude, Grundstücke, Straßen und sonstigen Einrichtungen werden im Verwaltungshaushalt erfaßt.

Die Haupteinnahmen sind:

Grundsteuer A	19.000 DM
Grundsteuer B	27.800 DM
Gewerbsteuer	8.000 DM
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommenssteuer	290.000 DM
Hundesteuer	2.500 DM
Schlüsselzuweisungen	210.000 DM
Zinsen aus Geldanlagen	2.000 DM.

Ein großer Teil dieser Einnahmen sind aber sozusagen nur durchlaufende Posten, denn an Ausgaben gehen sofort ab:

Kreisumlage	140.000 DM
Amtsumlage	94.400 DM
Gewerbsteuerumlage	3.000 DM.

Weitere große Ausgabeposten sind:

Allgemeine Verwaltung (Aufwandsentschädigung, Sitzungsgelder, Versicherungen, Post- und Fernmeldegebühren, Wahlen usw.)	17.200 DM
Unterhaltung der Schule	49.600 DM
Schulverbandsumlage für den Schulverband Gettorf	40.000 DM

Kindergartenunterschluß	20.600 DM
Brandschutz (Feuerwehr)	10.400 DM
Kostenanteil für die Gemeindegewerbesternstation des Diakonievereines Gettorf	5.100 DM
Förderung des Sports, Unterhaltung eigener Sportstätten (Mehrzweckhalle)	32.400 DM
Denkmalpflege, Verschönerung des Ortsbildes, Fahrbücherei, Seniorenbetreuung, Zuschüsse an Vereine und Verbände	8.700 DM
Unterhaltung der Gemeindestraßen, Wirtschaftswege und Straßenbeleuchtung	26.300 DM
Planungs- und Vermessungskosten (Flächennutzungsplan)	10.000 DM
Deckungsreserve für unvorhersehbare Ausgaben	10.000 DM
Zuführung an den Vermögenshaushalt	92.300 DM.

2. Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt werden alle Investitionen und Baumaßnahmen der Gemeinde veranschlagt.

Als Einnahme die Zuführung vom Verwaltungshaushalt	92.300 DM.
Als Ausgaben:	

Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen für Schule und Kindergarten, Verbesserung des Kinderspielplatzes	11.000 DM
Verbesserung der Akustik der Mehrzweckhalle, Einbau von Toren vor dem Geräteraum	10.000 DM
Schule und Lehrerwohnhaus: neue Dacheindeckung, Verbesserungen an Isolierung, Heizung und Fenstern, Neugestaltung des Pausenhofes	30.000 DM
Kredittilgung	1.800 DM
Rücklagenzuführung	39.500 DM.

3. Rücklagen

Mit dieser Zuführung vom Vermögenshaushalt ist der derzeitige Stand der Rücklagen somit 88.500 DM.

4. Schulden

Die Restschuld der Gemeinde aus Kre-

diten, die 1954 und 1959 für den Neubau der Schule und des Lehrerwohnhauses aufgenommen wurden, beträgt am 31. Dezember 1981 genau 17.433,73 DM.

5. Freie Finanzspitze

Mit dem Begriff 'Freie Finanzspitze' bezeichnet man den Betrag der Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt abzüglich der Zins- und Tilgungsleistungen für Kredite.

In 1982 beträgt die freie Finanzspitze für Neuwittenbek folglich 90.500 DM. Oft wird sie auch in Prozentsätzen angegeben. Diese Prozentzahl ist dann das Verhältnis der freien Finanzspitze zum Gesamtsteueraufkommen, also 90.500 DM zu 557.300 DM gleich 16,23 %.

ZUR SACHE **Sozialstation**

In der Ausgabe 3/1980 hatte das Dorf-Geflüster letztmals umfangreich zum Thema Sozialstation berichtet. In den weiteren Ausgaben haben wir nur über den "Fortschritt" in dieser Sache informiert.

Anfang diesen Jahres hat nun die Sozialstation in Gettorf ihre Tätigkeit aufgenommen. Vorsitzender des Kuratoriums Sozialstation ist Pastor de Jager aus Schinkel. Er hatte über die Tätigkeit der Sozialstation Artikel für den Gettorfer Weihnachtsanzeiger - wir berichteten hierüber - und die Nordelbische Kirchenzeitung verfaßt. Exklusiv für das Neuwittenbeker Dorf-Geflüster hat Pastor de Jager nunmehr auch einen Beitrag geschrieben.

Das Amt Dänischer Wohld hat eine Sozialstation

Mit dem 5. Januar ds. Js. hat die Sozialstation in Gettorf ihre Tätigkeit aufgenommen. Aber sie ist keine Sozialstation allein für den Ort Gettorf, sondern für den Ort und das ganze Gebiet des Amtes Dänischer Wohld. Es ist erfreulich, daß nach gründlichen Überlegungen die Sozialstation gegründet wurde. Gründungsdatum war der 1. Oktober 1981, als sich die Mitglieder der Sozialstation auf die Gründung einigten; die Gründung erfolgte im Amtsbäude in Gettorf.

Wer den Namen "Sozialstation" hört, hat vielleicht eine Reihe von Fra-

Wir seh'n uns im Bücherbus



Fahrplan der Fahrbücherei 6 für die Gemeinde Neuwittenbek

Haltepunkte	Haltezeiten
Gasthof "Zur Linde"	10.45-11.05 Uhr
Schule Neuwittenbek	11.10-11.25 Uhr
Gasthof Landwehr	11.35-11.45 Uhr
Gut Warleberg	16.15-16.35 Uhr
Bahnhofstraße	15.30-16.10 Uhr

Ausleihtage alle 3 Wochen dienstags

bis zur Sommerpause also am 2. und 23. März, am 20. April, am 11. Mai sowie am 1. und 22. Juni

gen. Wer trägt sie; gibt es über den Träger hinaus Mitglieder oder Verbände; wie arbeitet sie? Das Gesetz will es, daß unterschieden wird zwischen Träger und Mitgliedern. Träger ist der Verband oder die Institution, wo der Mitarbeiter angestellt wird. Für den Bereich Gettorf und den Dänischen Wohld hat man sich auf den Diakonieverein als Träger geeinigt, der zugleich ein Kernangebot der Sozialstation zur Verfügung stellt: die Gemeindegewesternstation. Seit dem 1. April 1981 arbeiten drei Gemeindegewestern in der Trägerschaft des Diakonievereins. Als weitere Mitarbeiterin ist nun Frau Schlichting hinzugekommen, die seit dem 1. Januar 1982 die Sozialstation "macht".

Der Träger allein ist noch nicht die Sozialstation. Er stellt zunächst im Grunde nur die Person ein, die die Dienste zu vermitteln hat und stellt den Haushaltsplan auf. Über ihn müssen die Mittel abgerechnet werden, die für den Betrieb der Sozialstation erforderlich sind. Sie wiederum stellt der Kreis zur Verfügung. Hier kommt eine sinnvolle Aufgabenteilung zum Zuge, über die wir nur erfreut sein können.

Die eigentliche Arbeit, das Angebot der vielfältigen Dienste, kommt aus den Reihen der Mitglieder der Sozialstation. Das sind die Ortsvereine des DRK in Gettorf und allen Gemeinden des Dänischen Wohldes, die Arbeiterwohlfahrt Gettorf und Umgebung, das Altenheim Gettorf und der Diakonieverein.

Im Rahmen der Sozialstation werden nun deren Dienste in Anspruch genommen. Nach der Vereinbarung sind das insbesondere Haus- und Altenpflege, Angebote an die älteren Bürger des gesamten Gebietes, erst recht auch die Krankenpflege.

Es wird zu prüfen sein, in welchem Umfange noch mehr durch die einzelnen Verbände geleistet werden kann über das hinaus, was nur beispielsweise vorhin genannt wurde. Vielleicht kann dazu gehören etwa Hilfe für Ältere beim Einkauf, Begleitung auf Spaziergängen und zu Ärzten etc. Jeder Verband hat seine Schwerpunkte. Sie wollen auch bei den Mitgliedsverbänden

den verbleiben.

Was Frau Schlichting zu tun hat, das ist lediglich, die Wünsche weiterzugeben an den Verband, der sie erfüllen kann. Die Sozialstation ist also kein Superwohlfahrtsverband, der nun in eigener Regie und Verantwortung tätig wird. Insofern kann man sich weiterhin an einen Verband seiner Wahl und muß sich nicht an die Sozialstation wenden. Vielfach wird es aber so sein, daß der einzelne Bürger nicht weiß, von wo er z.B. Haus- und Altenpflege erhalten kann; wann - vor allem - die Gemeindeschwester zu erreichen ist; wo es einen Rollstuhl gibt oder ein Becken, um nur einiges aufzuzählen.

Es wird seine Zeit dauern, bis die Arbeit der Sozialstation angelaufen ist, bis erste Erfahrungen zu überdenken sind. Dafür ist das Kuratorium da. Im Kuratorium sind alle Vereine und Verbände vertreten, die in der Sozialstation mitarbeiten. So ist es zugleich eine Art Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände. Hier wird überlegt, ob und in welcher Weise für die Einwohner des Dänischen Wohldes mehr getan werden kann und wer unter den Mitgliedern das übernehmen kann und will. Denn es handelt sich ja vielfach um ehrenamtliche, zu einem gewissen Teil auch um nebenamtliche Tätigkeiten. Es kann auch umgekehrt sein, daß eines der Mitglieder von sich aus neue Dienste einbringt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Sozialstation zunächst einmal eine zentrale Anlaufstelle darstellt, an die sich der Hilfsbedürftige wendet. Er muß sich nicht mehr den Kopf zerbrechen, wen er im Einzelfall anrufen müßte. Zum anderen geht es um eine Koordinierung und Verbesserung der sozialen Versorgung auf dem Lande im weitesten Sinne. Gerade auf das Geflecht zwischenmenschlicher und sozialer Beziehungen kommt es an, die das Leben auf dem Lande erleichtern sollen. Dieses Geflecht noch dichter und müheloser zu machen, ist Aufgabe der Sozialstation - übrigens der ersten im Kreise nördlich des Kanals.

Pastor de Jager

CDU zeigt kein Interesse für die Jugend

Kritik jetzt auch von der eigenen Jugendorganisation
von Wulf Jöhnk

Scharfe Kritik an der Jugendpolitik der CDU kommt jetzt auch aus den eigenen Reihen. Ein Sprecher der Jungen Union aus Hanerau-Hademarschen erklärte kürzlich der Presse gegenüber: „Die CDU ist jugendfeindlich.“ Diese äußerst heftige Kritik braucht nicht vollständig berechtigt zu sein; wenn die CDU der Jugend gegenüber möglicherweise nicht feindlich eingestellt ist, zeigt sie mindestens aber kein Interesse für die umfassenden Belange der Jugendlichen. Dies bewahrheitete sich jetzt erneut bei den Haushaltsberatungen auf Kreisebene.

Seit Jahren fordert die SPD - unterstützt von der FDP - die Einstellung von ausgebildeten Betreuern für die offene Jugendarbeit - für jene große Zahl Jugendlicher, die sich teilweise oder ausschließlich nicht in Vereinen oder Verbänden organisiert haben. Diese Jugendlichen kommen zwanglos zusammen in Jugendtreffs oder Jugendzentren. In manchen Gemeinden gibt es mit ihnen - häufig dank ehrenamtlicher Tätigkeiten - keine oder nur wenig Probleme, in anderen Gemeinden dagegen wird man mit den Problemen nicht oder nur sehr schwer fertig.

Viele Jugendliche fühlen sich allein gelassen; es gibt keine oder nur wenige Anstöße für sinnvolle Tätigkeiten. Als Ausweg bleibt da häufig nur der ausschließliche Aufenthalt in Discotheken oder ähnlichen Lokalitäten mit gelegentlich verhängnisvollen Folgen.

Um diese nicht-organisierten Jugendgruppen fachmännisch zu betreuen, sie zu beraten, zu unterstützen, ihnen Anstöße zu geben, forderte die SPD, beim Kreis 4 Sozialpädagogen einzustellen - für das gesamte Kreisgebiet wahrlich eine bescheidene Zahl. Die CDU-Mehrheit (im Kreistag) lehnte dies ab mit der Begründung, die Jugendbetreuer seien nicht erforderlich. Deutlicher noch wurde ein CDU-Mitglied in einer internen Ausschußberatung: In seiner Gemeinde habe gegenüber einer Gruppe nicht-organisierter Jugendlicher erst die Polizei für Ruhe und Ordnung gesorgt - kein Jugendbetreuer also, der sich mit den Jugendlichen beschäftigt, sondern Polizei, um Ordnung zu schaffen.

Wulf Jöhnk ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Kreistagfraktion und bei der Kreistagswahl im März Spitzenkandidat der SPD

Sozialdemokratische Kommunalpolitik

Angesichts der bevorstehenden Gemeindewahl führte das Dorf-Geflüster ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD-Ortsvereins Neuwittenbek, Fritz Posingies. Posingies kann dabei selbst auf langjährige, eigene Erfahrungen in der Kommunalpolitik verweisen.

Seit vier Jahren trägt die sozialdemokratische Kommunalfraktion im Neuwittenbeker Rat die Verantwortung.

Die SPD-Fraktion übernimmt auch die Verantwortung für alles - so Posingies - was in dieser Zeit in der Gemeindevertretung geschah ("denn ohne die SPD-Mehrheit lief nichts!").

Zwar wurde die "Marschroute" der

Fraktion jeweils abgestimmt. Aber nicht allein im "stillen Kämmerlein". So manches Mal wurden die SPD-Vertreter von ihren Nachbarn angesprochen. Und diese Hinweise gingen auch in die Entscheidungen ein. Und die SPD wird dies auch weiterhin praktizieren; der nachbarschaftliche Rat findet Berücksichtigung. Denn

sozialdemokratische Kommunalpolitik ist Politik von Bürgern für ihre Mitbürger.

Das Dorf-Geflüster befragte Herrn Posingies auch zum Wahlprogramm der Neuwittenbeker Sozialdemokraten. Er räumt ein, daß es keine großen Projekte im Sinne von Wahlversprechen enthält. Dies sei bewußt geschehen. Einerseits könne die künftige Finanzausstattung der Gemeinde nicht vorgesehen werden. Andererseits habe Neuwittenbek ein solides Finanzpolster. Ziel ist somit, Bestehendes zu erhalten und zu verbessern.

Und es gäbe eine Vielzahl von kleineren und größeren Maßnahmen, die auf die Gemeinde zukämen. So ist die Schule jetzt 25 Jahre alt; einige Arbeiten sind da erforderlich (neue Fenster, Heizungsanlage usw). Der Langenhorster Weg muß erneuert werden; die Straße nach Tüttendorf bedarf einer neuen Schwarzdecke. Die Abwasserleitungen müssen unbedingt durchgespült werden. Spielplatz und Schulhof sollen umgestaltet werden. Hier unterbrachen wir Herrn Posingies; er hätte noch mehr Biespiele aufgezählt. Uns genügte es schon.

Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung durch Abbau zentral-staatlicher Bürokratie

SPD-Landtagsfraktion ergreift die Initiative

Von WERNER LIEBRECHT

Was eigentlich Sache der CDU-geführten Landesregierung gewesen wäre, konkrete Schritte zum Abbau zentral-staatlicher Bürokratie zu unternehmen, die Eigenverantwortung des Bürgers zu fördern, hat der Arbeitskreis „Inneres und Recht“ der SPD-Landtagsfraktion angepackt. Dabei haben wir uns bewußt nicht mit der „Verbesserung von Formularen“ aufgehalten, sondern sind in einem wesentlichen Teilbereich der Kommunalpolitik an die Wurzeln der Gängelei der Gemeinden durch das Land gegangen.

Mehr Handlungsfreiheit für die Gemeinden durch Abbau von Mischfinanzierungen

Um wieder mehr eigenverantwortliche kommunale Politik in den Gemeinden Schleswig-Holsteins stattfinden zu lassen, muß die bisherige Praxis von zweckgebundenen Zuweisungen bei der Finanzierung von kommunalen Aufgaben zugunsten allgemeiner Schlüsselzuweisungen geändert werden. Die Mischfinanzierung bedingt, daß Entscheidungen nicht vor Ort getroffen werden und nicht auf unmittelbarer Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten beruhen. Der Staat entscheidet zentral und muß bei seinen Entscheidungen

nicht nur den Einzelfall, sondern eine Vielzahl verschiedener Sachverhalte mit berücksichtigen. Dagegen können die Gemeinden und Kreise bei eigenverantwortlicher Verwendung von Mitteln den örtlichen Gegebenheiten und dem Einzelfall besser entsprechen. Ihnen ist es möglich, Eigeninitiativen ihrer Bürger zu fördern, Verbände und Selbsthilfegruppen zu unterstützen. Die Mischfinanzierung macht es dem Bürger schwer, zu erkennen, wer dafür verantwortlich ist, ob, wann und wie eine kommunale Aufgabe erfüllt wird. Diese Art der Finanzierung führt dazu, daß für positive Leistungen alle Beteiligten, für negative keiner verantwortlich sein will. Der besser Informierte in der Gemeinde, der über bessere Verbindungen nach „oben“ verfügt, hat einen oft entscheidenden Vorsprung bei der Verwirklichung seiner Ziele. Er vermag unter Hinweis auf Entscheidungen „höheren Orts“ seine Prioritäten gegenüber den weniger Informierten, der „keine guten Verbindungen“ hat, durchzusetzen. Das beeinträchtigt insbesondere die Wirkungsmöglichkeiten Hunderte von Bürgern, die in ihrer Freizeit ehrenamtlich Kommunalpolitik für ihre Mitbürger machen.

Zu ergänzen ist, daß bei kommunalen Investitionsentscheidungen – sehr zum Ärger verantwortungsbewußter Kommunalpolitiker – zu viele Instanzen mit-

mischen. Dabei steht oftmals der bürokratische Aufwand bei der Bewilligung von Finanzmitteln in keinem Verhältnis zu dem oft mageren Ergebnis für die Kommunen. Dabei handelt es sich zum Teil um Kleinstbeträge von einigen Hundert Mark, wie bei der Landesförderung des Brandschutzes (Beispiel: 800,- DM zum Ankauf von zwei Tischtennisplatten für ein Feuerwehrtreffen!) oder bei der Förderung von Naherholungsmaßnahmen (Beispiel: 107,- DM für Unterhaltungsarbeiten in einem Erholungs-wald!). Bei 159 Titeln des Landeshaushalts 1981, die Leistungen an Gemeinden und Kreise vorsehen, binden Mischfinanzierungen erhebliche Verwaltungskraft und verteuern so die Aufgabenerfüllung.

In Zeiten, wo dem Bürger zum Teil einschneidende finanzielle Opfer abverlangt werden, kann er mit Fug und Recht von einer hochbezahlten Landesregierung und ihren Mitarbeitern erwarten, wie man im „eigenen Haus“ sinnvoll spart und bürokratische Hemmnisse, die in der alleinigen Verantwortung des Landes liegen, unverzüglich abbaut. Diese CDU-Landesregierung ist unglaubwürdig, wenn sie eine Politik des Abbaus von Bürokraten bei der Bundesregierung einklagt, die sie selbst offenbar nicht Willens oder imstande ist, in ihrem Verantwortungsbereich durchzusetzen. Sie setzt sich dem hoffentlich unnötigen Verdacht aus, die eigene politische Klientel in den z.T. seit dreißig Jahren „schwarzen Verwaltungen“ zu schonen. ●

Werner Liebrecht ist SPD-Abgeordneter im schleswig-holsteinischen Landtag, Mitglied des Innen- und Rechtsausschusses des Landtages, Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres und Recht seiner Fraktion

Das Fahrrad ist wieder „in“

Zweirad-Fahren ist wieder "in". Allerdings nicht unbedingt in dieser Jahreszeit. Die gestiegenen Benzinpreise ermuntern zum Umsteigen. Mehr Fahrräder werden gekauft. Mehr Radwege müssen gebaut werden - hierbei sind die Vertreter in den Parlamenten gefordert, auch die "vor Ort".

SPD-Fraktion kümmert sich darum

L46 Radweg wird gebaut - aber wann?

Die sozialdemokratische Kommunalfraktion hat sich in den letzten vier Jahren wiederholt für den Bau eines Radweges entlang der Landesstraße 46 von Neuwittenbek über Warleberg bis Landwehr eingesetzt. In der Gemeinderatssitzung im November hielt CDU-Sprecher Carstensen vor, Anträge zu stellen genüge nicht, man solle sich vielmehr die Unterstützung von Mandatsträgern auf höheren politischen Ebenen sichern.

Die SPD kann dies nicht treffen. Im Januar legte sie Schriftstücke vor; danach unterstützen die Landtagsabgeordneten Brunhild Wendel und Kurt Hamer, der hiesige Kreistagsabgeordnete Wulf-Dieter Stark-Wulf und die SPD-Kreistagsfraktion das Neuwittenbeker Ansinnen.

"Die schlechte Situation für Radfahrer, insbes. für Schulkinder an der L 46, ist mir bekannt" (Wendel). "Ich halte Eure Forderung ... für berechtigt" (Hamer).

MdL Kurt Hamer richtete eine Anfrage an das zuständige Ministerium. In der Antwort des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (vom Dezember 1981) heißt es, daß "nach Lage der jetzt bekannten Fakten ein Bau bis zum Jahr 1984 nicht möglich" sei.

Zuständig für den Bau des Radweges ist das Land. So wäre es sicher wünschenswert, wenn sich der hiesige CDU-Landtagsabgeordnete Hahn,

Am 7. März 1982

SPD 

der immerhin parlamentarischer Vertreter (quasi Staatssekretär) des zuständigen Ministers ist, für den Bau des Radweges einsetzen würde. Wulf Jöhnk, der für die SPD-Kreistagsfraktion schrieb, ließ erkennen, daß in derart dringenden Fällen, wie bei uns, der Kreis u.U. in Vorleistung tritt. Das wäre immerhin ein Weg!

Es soll nicht verborgen werden, daß sowohl SPD wie CDU - und jetzt auch die WGN - sich für den Bau dieses Radweges einsetzen; allerdings mit unterschiedlicher Intensivität. Unverständlich ist z.B. die Forderung der WGN, den Radweg zunächst nur bis zum Hofe Stöben zu bauen. Also bis Warleberg müßte als Zwischenlösung mindestens herauskommen.



SIE KÖNNEN ETWAS TUN. VEREINIGT ALLES

die Sozialdemokratie stark -

für Sicherheit für Deutschland - für die Interessen der Deutschen - für unseren Weg des Friedens.

Jetzt kommt es darauf an, daß Sie ganz persönlich etwas tun:

- Verlangen Sie Informationen oder ein persönliches Gespräch.
- Helfen Sie uns mit einer regelmäßigen Spende.
- Werden Sie gerade jetzt Mitglied in der deutschen Sozialdemokratie, der ältesten, hartnäckigsten und beständigsten Friedensbewegung in Deutschland. Seit 1863, dem Gründungsjahr der SPD, gilt für alle, die unseren Weg des Friedens mitgehen wollen: „Vereinzelt sind wir nichts - vereinigt alles.“

Ich-bin-dabei

Ich will mich informieren und mir selbst ein Urteil bilden.

- Sicherheit für Deutschland - Unser Weg des Friedens
Von Hans-Jürgen Wischnewski und Peter Glotz
Best.-Nr.: 200314
- 1863-1982. Der schwierige Weg zum Frieden. Sozialdemokraten gegen den Krieg.
Die sozialdemokratische Tradition in der Friedenspolitik, mit vielen Dokumenten, Illustrationen und Fakten. 32 Seiten, Best.-Nr.: 390214.
- Forum Frieden. Materialien zum „Forum Frieden SPD“. Hans Koschnick, Wolf Graf von Baudissin, Klaus von Schubert und Klaus von Dohnanyi haben sich mit den Problemen sozialdemokratischer Friedenspolitik nach dem Berliner Parteitagbeschuß von 1979 und nach dem NATO-Doppelbeschuß auseinandergesetzt. Ihre Beiträge sind erschienen in der Broschüre: „Die Friedenspartei SPD. Argumente. Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981.“ Umfang: 20 Seiten, Best.-Nr.: 320084.
- Dokumentation: „Forum Frieden SPD“. Die SPD hat in ihrer Bonner Parteizentrale das Gespräch mit der Friedensbewegung und den Friedensforschern begonnen. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ hat große Teile der Diskussion in ihrer Ausgabe vom 4. September 1981 dokumentiert. Best.-Nr.: 290090.
- Ein Jahresabonnement unseres Mitgliedermagazins „Sozialdemokrat-Magazin“. Es ist so gemacht, daß es für alle politisch Interessierten Neues bietet und lesenswert ist. Es kostet DM 24,- pro Jahr.

(Bitte in lesbarer Druckschrift ausfüllen)

Beitrittsanmeldung SPD

Zuname / Vorname

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl Wohnort

Geburtsdatum

Füllt UB aus

SPD-Bezirk

Bundestagswahlkreis

Landtagswahlkreis

SPD-UB

SPD-OV

(bitte zutreffendes Kästchen ankreuzen)

Geschlecht m w

Gewerkschaft

Ausgeübter Beruf

Mitgliedschaft in Vereinen und anderen Organisationen

Beschäftigungsverhältnis (bitte nur ein Kästchen ankreuzen)

Angestellter
 Arbeiter/Facharbeiter

Beamter
 Berufssoldat
 Hausfrau

Landwirt
 Lehrling
 Rentner/Pensionär

Schüler-Student
 Selbständig

Füllt PV aus

Zustell-Postamt

Beitrag

Preis pro
 Ja Nein

Hiermit bestelle ich den Vorwärts, die sozialdemokratische Wochenzeitung
Monat 6.- DM. Halbjährlich 36.- DM

(Unterschrift des künftigen Mitglieds)

(Datum)

- Ich möchte Mitglied der SPD werden (bitte dazu die beigefügte Beitrittserklärung ausfüllen).
- Ich bin grundsätzlich interessiert, würde aber gern erst einmal zu einer SPD-Veranstaltung eingeladen werden.
- Ich habe überhaupt keine Zeit, Besucher zu empfangen oder in der SPD aktiv mitzumachen, will sie aber trotzdem finanziell unterstützen. Deshalb zahle ich DM _____ monatlich, viertel-, halbjährlich auf das Aktionskonto „Soziale Demokratie“ ein und erhalte auf Wunsch eine jährliche Spendenquittung für das Finanzamt.
Konto: SPD-Parteivorstand, Stichwort: „Soziale Demokratie“, Postscheckamt Köln 6700-500

Schicken Sie den Coupon bitte an:
Vorstand der SPD, Bürgerbüro, Ollenhauer-
str. 1, 5300 Bonn 1

Staffelung von Kindergartengebühren

Zunächst sollten die Eltern der Kindergartenkinder per Rundschreiben mit der neuen Gebührenregelung vertraut gemacht werden. Sozialausschußvorsitzende Gisela Matte und Bürgermeister Habeck halten jedoch mehr vom persönlichen Gespräch. Konsequenter Entschluß: die Erläuterung erfolgt in der Elternversammlung des Kindergartens.

-STATISTIK-

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hatte (Stichtag 30.6. 79) insgesamt 242.301 Einwohner. Davon leben rund 52 % in den Städten und zentralen Orten. Also fast die Hälfte der Einwohner des Kreises lebt auf dem "flachen Lande", in Gemeinden wie Neuwittenbek.

ndg in eigener Sache

Mit dieser, unserer 22. Ausgabe gehen wir nun mit dem "Neuwittenbeker Dorf-Geflüster" in das



**Sauna +
Solarium**

**Praxis für
physikalische
Therapie**

Solarium – Mo-Fr 8-19 Uhr
u. nach Vereinbarung
Sauna – nach Voranmeldung

Olshausenstraße 71/Tennishalle
2300 Kiel
Telefon: 0431/54643

Notizen aus Neuwittenbek

5. Erscheinungsjahr. Allen, die uns bisher tatkräftig unterstützt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Aber noch eine Korrektur ist zu unserer letzten Ausgabe zu machen. Wir sind hierzu von mehreren Seiten angesprochen worden. Nach dem Bundesreisekostengesetz sind 27 Pfg/km (und nicht 36 Pfg/km) abzurechnen. Wir, die Redaktion, hatten zwar den Fehler bei Durchsicht des Manuskripts (betr. Anschaffung eines Dienstwagens) erkannt, aber - bedauerlicherweise - übersehen eine Korrektur vorzunehmen.

**Dieter Seeger als bester
Schütze ausgeschossen**

Mitte Dezember veranstaltete die Schützensparte ein Preisschießen zum Saisonabschluß. Insbesondere durch das anschließende Spanferkelessen sollte die Kameradschaft in der rund 50 Mitglieder umfassenden TSV-Sparte weiter gefestigt werden. Beste Schützen waren Dieter Seeger, Ilse Krabbenhöft (Damen), Martin Thiele (männl. Jugend), Bärbel Stein (weibl. Jugend), Tanja Eumann (Schüler).

ndg Impressum

Neuwittenbeker Dorf-Geflüster

Jahrgang 5

Ausgabe 1/82

Herausgeber: SPD-Ortsverein Neuwittenbek

verantwortlich: Volker Weber
Büskamp 29
2303 Neuwittenbek
Eigendruck
Druck:
Auflage: 300

Neuwittenbeker Amtswehrführer

Bruno Jöhnk

Am 15. Dezember 1981 trafen sich Vertreter der Wehren aus dem Amtsbereich Dänischer Wohld in Landwehr (Piepers Gasthof). Es galt den Posten des Amtswehrführers neu zu besetzen, da der bisherige zum stellvertretenden Kreisbrandmeister ernannt worden war. Für Kenner der Szene war eigentlich die Nachfolge klar. Und so geschah es. Neuwittenbeks Wehrführer Bruno Jöhnk wurde - ohne Gegenkandidaten - zum neuen Amtswehrführer gewählt. Jöhnk war schon seit etwa drei Jahren stellvertretender Amtswehrführer.

Fraktionssitzungen

Allgemein bekannt ist inzwischen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion in der Neuwittenbeker Gemeindevertretung nahezu jede Woche trifft. Diese Fraktionssitzungen sind nicht nur ehrenamtliche Arbeit für die Gemeinde. Gemeindevertreter Brandenburg hat jetzt auch einmal ausgerechnet, daß dadurch der Gemeinde "eine ganze Menge Geld gespart" wird. Er schätzt die Summe auf mindestens 15.000 DM (in Worten: fünfzehntausend) innerhalb der letzten vier Jahre. Denn für diese Sitzungen wird kein Sitzungs-

geld gezahlt. Obwohl rechtlich dafür die Möglichkeit bestünde (vgl. die im Amtsblatt veröffentlichte Muster-Hauptsatzung). Vor vier Jahren hatte man sich aber einhellig gegen Aufwandsentschädigungen bei Fraktionssitzungen ausgesprochen.

Tischtennis

Zum Jahreswechsel war auch Halbzeit in der Tischtennissaison. Die Mannschaft TSV Neuwittenbek I nahm bei den Herren einen 9. Platz in der B-Klasse ein; noch etwas schwächer placiert war die II. Mannschaft in der D-Kreisklasse.

**Ihre Stimmen
für die SPD**

Fortschritt: Funkfernsteuerung

Bei Feuergefahr soll Neuwittenbeks freiwillige Feuerwehr nicht mehr telefonisch alarmiert werden (s.u. - unser jetzt geändertes Telefonverzeichnis). Denn seit dem vergangenen Herbst ist Neuwittenbek an die Funkfernsteuerung angeschlossen. D.h.: 1-1-2 wählen und Einsatzleitstelle in Rendsburg ist an der Strippe. Per Funk kann dann von

 **Feuerwehr**

112

Notruf

110

Polizei

422

Station Gelforf

Gemeinde Neuwittenbek

Gemeindeverwaltung: Amt Dänischer Wohld in Gelforf

Bürgermeister Habeck - privat

Grundschule, Turnhalle und Kindergarten

**7006/9
8342
6385**

dort aus die Feuersirene in Neuwittenbek ausgelöst werden. Das geht schneller als bisher.

Demn bisher wurde bei der freiwilligen Feuerwehr angerufen (in der Regel also bei Bruno Jöhnk). Dann mußte jemand zum Feuerwehrgerätehaus laufen und per Hand dort den Alarm auslösen. Auf jeden Fall dauerte das länger; Fortschritt hat auch seine guten Seiten. Zumal er - der Gemeindegasse - nicht so viel gekostet hat.

Daneben bleibt es aber auch jemandem unbenommen, künftig bei Feueregefahr den Alarm per Hand am Feuerwehrgerätehaus auszulösen.

Versammlung der Wählergemeinschaft

Nun wurde doch noch eine Wählergemeinschaft gegründet. Einen nicht unerheblichen Anstoß zur Gründung



hat dabei wohl das 'Dorf-Geflüster' beigetragen.

Erwartungsgemäß gab es zu Beginn der Versammlung unterschiedliche Auffassungen über Perspektiven, Ziele und Wahlchancen. Solche Differenzen müssen bei einer Neugründung naturgemäß auftreten; fraglich ist nur, wie schnell man sich hiervon lösen kann.

Vertreter der ortsansässigen Parteien entboten ihre Grüße und Wünsche für die WGN.

In den WGN-Vorstand wurden gewählt: Klaus Frank (Vorsitzender), Wilhelm Radbruch (stellv. Vorsitzender), Martje Ketels (Schriftführerin), Norbert Hinrichs (Kassenwart) sowie die Herren Prof. Greve und J.F. Schmidt als Beisitzer.

Basarerlös

Den Reinerlös des Adventsbasars veröffentlichte der DRK-Ortsverein Neuwittenbek mit knapp 4000 DM. Es mutet dabei unverstündlich an, wenn kurz zuvor der gemeindliche Zuschuß an das DRK verdoppelt wurde - bei einer solchen Finanzausstattung des Ortsvereins.

In diesem Zusammenhang sei auf die nächsten Veranstaltungen des DRK hingewiesen: Senioren-Kaffe am 3. März; Altkleidersammlung am 20.3.; die Altpapiersammlung soll gleichfalls im März stattfinden.

Kandidaten der Kommunalen Wählergemeinschaft

Kurz vor "Toresschluß" nominierte Neuwittenbeks Wählergemeinschaft ihre Kandidaten für die Kommunalwahl. Spitzenkandidat ist nicht unerwartet Wilhelm Radbruch (vor

vier Jahren noch CDU-Direktkandidat). Weitere Direktkandidaten sind: Prof. Greve, Klaus Frank, Jan-Behrend Schmidt, Martje Ketels und Dr. Grunwald. Darüberhinaus wurden als Listenbewerber nominiert: Rolf Lüthje, Peter Schuhmacher, Margret Schloots, Rudolf Petersen und Helga Greve. Keiner der Kandidaten kann auf kommunalpolitische Erfahrungen verweisen. Das wurde denn auch in dem Wahlprogrammwurf deutlich. Die Forderung nach Erhalt von Grundschule und Kindergarten in Neuwittenbek ist für CDU und SPD so selbstverständlich, daß sie diese noch nicht einmal mehr erwähnen müssen. (gerade deswegen will die Gemeinde doch einen Flächennutzungsplan schaffen). Die Punkte "Kontrolle der Kiesabfuhr", "30 km/h in reinen Wohngebieten" u.ä. zeigen wenig Kenntnis von Kompetenzverteilungen innerhalb der Verwaltung. Aber auch hier wird die WGN noch ihre Erfahrungen machen.

Kandidaten

Erwartungsgemäß wählten Neuwittenbeks Christdemokraten den CDU-Chef Carstensen ("CCC") als Spitzenkandidaten (auch Bürgermeisterkandidat ?) bei der Kommunalwahl. Weitere Direktkandidaten sind: Dr. Köhler, Peter Malmström, der bisherige Gemeindevertreter H. Elertsen, Giesela Martens und Horst Kibilka.

Als Listenkandidaten wurden zudem Gustav zu Putlitz, Otto Malmström, H. Grothkopp, H. Braas, Heinz Peter Jöhnk und Wolf Simon aufgestellt.

Der bisherige Gemeindevertreter Wilhelm Stender erscheint gar nicht mehr auf der Liste; auf der letzten Gemeinderatssitzung verschiedete ihn seine Fraktion. Die offizielle Verabschiedung findet erst auf der nächsten Ratssitzung statt.



BÜRGER BRIEF
der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands,
Ortsverein Neuwittenbek

1/82

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger!

Am 7. März ist Kommunalwahl in Schleswig-Holstein. Auch Neuwittenbeks Gemeindevertretung muß neu gewählt werden.

Es entspricht sozialdemokratischer Tradition, Wahlentscheidungen sehr ernsthaft zum Sachgespräch mit dem Wähler über das von der Wahl betroffene Arbeits- und Verantwortungsfeld zu führen. Dieses Gespräch ist für die Erhaltung des Gestaltungsraumes Kommunalpolitik notwendiger denn je. Die geringe Wahlbeteiligung bei der hessischen Kommunalwahl von etwa 65 % hat gezeigt, daß immer mehr Menschen glauben, durch Wahlverweigerung in den Gemeinden nichts Entscheidendes politisch positiv oder negativ zu beeinflussen. Solange die alltäglichen Dienste funktionieren, die öffentlichen Einrichtungen wachsen, solange wird Kommunalpolitik als selbstverständ-

licher Service betrachtet. Durch die Medien - vor allem durch das Fernsehen - wird der Blick immer mehr auf die Bonner Szene verengt; so ist Kommunalpolitik bei vielen aus dem Bewußtsein ausgeblendet worden.

Zugegeben, die Rahmenbedingungen unter denen wir antreten sind schwierig. Die Zeiten, da Gemeindepolitik sich als Verteilerstation des Wachstums verstehen konnte, sind vorbei. Bei aller Anerkennung der Tatsache, daß die 'große Politik' negative Auswirkungen auf das Wählerverhalten haben wird, weil mancher die Kommunalwahl zum 'Abrechnen mit denen da oben' nutzen zu sollen; es bleibt uns nicht erspart, um Anerkennung unserer kommunalen Leistungen zu ringen und dabei deutlich zu machen, daß gerade Sozialdemokraten sich bei ihren Entscheidungen stets von den Grundwerten der Gerechtigkeit und der Solidarität leiten lassen.

Neuwittenbeks Sozialdemokraten haben programmatisch und personell die Voraussetzungen geschaffen, um Ihnen die Antworten auf Fragen zu geben, die Sie heute und in den nächsten vier Jahren bewegen werden.

Mit Bürgermeister Jochen Habeck und Fraktionssprecher Klaus Stein an der Spitze stellen sich für uns Sozialdemokraten fünf 'gestandene Gemeindevertreter' als Direktkandidaten zur Wahl - neben den Genannten auch Gisela Matte, Bernd Brandenburg und Hans-Dieter Weidemann. Als Neuling wird Jürgen Meier für den frischen Wind sorgen.

Zu unserem Angebot scheint Neuwittenbeks CDU keine Alternative zu sein. Das zeigten die vergangenen vier Jahre. Anträge unserer SPD-Fraktion wurden abgelehnt oder - wie meistens - unterstützt. Eigene CDU-Vorschläge wurden jedoch nicht präsentiert.

Wer für eine Fortsetzung der sachbezogenen Politik der letzten vier Jahre ist und wer weiterhin Jochen Habeck als Bürgermeister haben will, sollte sicher gehen: alle sechs Stimmen den SPD-Kandidaten geben!

Ihre

SPD Neuwittenbek

UMGEMEINDUNG ALTWITTENBEK

Am 7. Februar luden die SPD-Ortsvereine Felm und Neuwittenbek gemeinsam zum Frühschoppen in die "Linde" ein: Schwerpunktthema Umgemeindung Altwittenbeks. Die Veranstaltung war zahlreich besucht. Aus Neuwittenbeker Sicht gibt es dabei keine Kontroversen: SPD, CDU und WGN sind für eine Umgemeindung.

Anders hingegen in Felm (Altwittenbek gehört zur Gemeinde Felm). Eindeutig für eine Umgemeindung hat sich nur Felms SPD ausgesprochen. Die dortige CDU versucht ihr "Nein" hinter Formalien zu verbergen. Die klare Aussage fehlt jedoch. Angesprochen wurden in diesem Zusammenhang auch die Altwittenbeker Tennisplätze und die Abwasserfrage.

**Wählen Sie mit Ihren sechs Stimmen
unsere Mannschaft im Block!**

SPD
Neuwittenbek

Freiwillige Feuerwehr



Die Wehr Neuwittenbek wählte auf ihrer Mitgliederversammlung - als Nachfolger für den neuen Amtwehrrührer Bruno Jöhnk - Wilhelm Radbruch mehrheitlich (gegenüber Herrn Medzich) zum neuen Wehrrührer. Die Gemeindevertretung hat dieser Wahl auf ihrer letzten Sitzung zugestimmt. Nach der Bestätigung durch den Kreis kann die Gemeinde (Bürgermeister) Herrn Radbruch zum Wehrrührer ernennen.

Zahlenspiele

In dem offiziellen "Handbuch Schleswig-Holstein" wird Neuwittenbeks Einwohnerzahl mit 757 angegeben. Neuwittenbeks CDU operierte kürzlich mit Einwohnerzahlen von über 800. Das Dorf-Geflüster bat Bürgermeister Habeck um Aufklärung. Danach stammen die Daten der CDU aus einer Computerliste "Wahlzählung zur Kommunalwahl" (Stand 8/81), die der Gemeinde zur Verfügung gestellt wurde. Die darin enthaltene Einwohnerzahl von 816 erfaßt auch Ausländer, Einwohner mit Zweit- und Drittwohnsitz in Neuwittenbek u.ä.. Nach melderechtlichen Vorschriften gilt 757 als Einwohnerzahl für Neuwittenbek.

Die Herausforderung

Zur Wahl stellt sich die Wählergemeinschaft Neuwittenbek - eine Herausforderung der etablierten Parteien.

Neben den - unzweifelhaft vorhandenen - positiven Fakten, die die WGN mit sich bringt, gibt es bei ihr auch Schwachstellen. Es fehlt der Kontakt zu höheren politischen Ebenen. Keiner der Kandidaten hat kommunalpolitische Erfahrungen. Als Sammelbewegung von Einzelinteressen ist der interne Konflikt schon jetzt vorprogrammiert! Die künftige Entwicklung wird diese Prognosen bestätigen.

Vereinzelt sind wir nichts:



**Vereinigt
Alles**

Deutsche Sozialdemokratie,
die älteste, hartnäckigste
und beständigste
Friedensbewegung in Deutschland.
Seit 1863, dem Gründungsjahr der SPD,
gilt für alle, die unseren Weg
des Friedens mitgehen wollen:
„Vereinzelt sind wir nichts -
vereinigt alles.“

SPD
Neuwittenbek